

Midlum auf Föhr, 26. August 2013

Pressemitteilung

CO₂-Pläne Dänemarks - Insel- und Halligkonferenz sieht Gefahren

Die Insel- und Halligkonferenz (IHKo) sieht mit großer Sorge auf die Pläne der dänischen Energiebehörde im Bereich der Nordsee westlich von 6° 15` Ost neue Erdöl- und Erdgaskonzessionen zu vergeben sowie fast ausgeförderte Erdgas- und Erdöllagerstätten Unternehmen für CO₂-Speicherzwecke anzubieten. Vor einem Jahr hat die dänische Energiebehörde die Anhörung zu einer sogenannten strategischen Umweltprüfung eröffnet. Nun liegen die Ergebnisse vor.

„Wir befürchten eine Gefahr für Mensch und Umwelt durch mögliche Unfälle sowie Einträge in das Ökosystem im täglichen Betrieb. Die Landesregierung hat dies erkannt, jedoch nicht die Bundesregierung, „ bringt Jürgen Jungclaus, Vorsitzender der IHKo, den Ärger auf den Punkt. Die Insel- und Halligkonferenz hat sich bereits in der Vergangenheit für ein Verbot der CO₂-Speicherung eingesetzt, um eine direkte oder indirekte Gefährdung des sensiblen Ökosystems im UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer und Biosphärengebiet, des Grundwassers sowie der dort lebenden Menschen und erholungssuchenden Gäste auszuschließen. Die Technik ist aus Sicht der Insel- und Halligkonferenz noch nicht ausreichend erforscht und birgt bisher unbekannte Risiken. Durch die Injektion von CO₂ erfolgt gleichzeitig eine Deponierung dieses CO₂, was einer regulären Verpressung entspricht. „Daher lehnen wir auch dieses Vorhaben ab. Auch wenn die dänische Regierung betont, dass derzeit keine Anträge vorliegen, so ist mit einer ersten Erkundung bereits der erste Schritt in Richtung wirtschaftlicher Nutzung getan“, erklärt die Geschäftsführerin Natalie Eckelt.

In dem Zusammenhang erinnert Manfred Uekermann, der Vorsitzende der AG Küstenschutz an die langjährige Forderung der Insel- und Halligkonferenz nach der Erarbeitung einer europäischen Nordseestrategie unter Einbeziehung eines Sicherheitskonzept für die Nordsee sowie einer grenzüberschreitende Raumplanung (DK) im Küstenbereich (mit Blick auf die nordfriesischen Inseln und Halligen) und der allgemeinen Wirtschaftszone. „Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Hausaufgaben zu machen,“ so Uekermann. Dafür steht die Insel- und Halligkonferenz immer für einen Dialog bereit.

Weitere Informationen:

Jürgen Jungclaus, Tel. 0171 – 3686633

oder

Insel- und Halligkonferenz

Natalie Eckelt, Tel. 0151 – 50670488